ERWACHSENE. BILDUNG.

Dokumentation einer Fachveranstaltung zur Demokratiebildung in Thüringen

2

LOFT

Eine Publikation der Landesorganisation der Freien Träger in der Erwachsenenbildung Thüringen e.V.

Eine Kooperationsveranstaltung von LOFT e.V.
mit dem DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.,
dem Bildungswerk ver.di Thüringen e.V.,
dem Bildungswerk im Bistum Erfurt,
Arbeit und Leben Thüringen und
der LSB Thüringen Bildungswerk GmbH.

Demokratie braucht Bildung -
Chancen und Grenzen der Erwachsenenbildung

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung 5

2. Programm 6

3. Referat: Demokratiegefährdung und politische Bildung 7
Prof. Dr. Klaus Ahlheim, Diplom-Pädagoge

4. Präsentation der Einzelveranstaltungen der Erwachsenenbildung zu den Themen

4.1 Bildungsarbeit unterstützt demokratisches Handeln im Betrieb 12
Bildungswerk ver.di Thüringen e.V.

4.2 Katholische Kirche - Eckpfeiler der Demokratie? 15

und

Solidarität und Verantwortung. Katholische Kirche und Gesellschaft vor Ort 17
Bildungswerk im Bistum Erfurt

4.3 Neue Herausforderungen an die Demokratiebildung. Fortbildungskonzepte für MultiplikatorInnen 19
Arbeit und Leben Thüringen

4.4 Grenzen der Meinungsfreiheit? „Zum Umgang mit selbsternannten „‘Tabubrechern‘“ 23
DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

4.5 Demokratiebildung - Chancen und Grenzen im Sport 26
LSB Thüringen Bildungswerk GmbH

5. Kooperationspartner 29

1. Einführung

Erwachsenenbildung in Thüringen findet in Trägerschaft sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen statt. Die 16 der Landesorganisation der Freien Träger in der Erwachsenenbildung Thüringen (LOFT) e.V. angehörenden Einrichtungen bilden dabei ein Trägerspektrum ab, das von Kirchen, Gewerkschaften und der Wirtschaft über ländliche Organisationen bis hin zu Sozialverbänden und dem Landessportbund reicht. So spiegelt die Erwachsenenbildung in ihrer Gesamtheit die Pluralität unserer Gesellschaft wider und vermittelt Bildungsinhalte und -formate aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

LOFT hat nun drei Felder identifiziert, die für die gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche Entwicklung bedeutsam sind und in denen die Freien Träger in spezifischer Weise Kompetenzen und Möglichkeiten einbringen können. Es sind dies der demografische Wandel, die Bildung für das Ehrenamt bzw. bürgerschaftliches Engagement und die Demokratiebildung. In diesen Feldern beauftragt LOFT jeweils besonders geeignete Einrichtungen mit der Konzipierung, Durchführung und Auswertung von zunächst zielgruppenspezifischen Einzelveranstaltungen und einer darauf aufbauenden gemeinsamen Abschlussveranstaltung. Damit soll sowohl die Kooperation der Freien Träger untereinander gestärkt als auch der interessierten Öffentlichkeit Einblick in die Arbeit der Thüringer Erwachsenenbildung in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen gegeben werden.

Im letzten Jahr haben wir uns in diesem Sinne mit den Herausforderungen des demografischen Wandels beschäftigt, in diesem Jahr mit dem Thema „wertebasierte Demokratiebildung“.
Die Relevanz dieses Themas haben u.a. zwei gerade in den letzten Wochen erschienene Studien verdeutlicht: Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012“ herausgegebene Untersuchung und der „Thüringen Monitor 2012“. Beide stellen zwar, wenn allgemein danach gefragt wird, einen sehr hohen Zustimmungsgrad zur demokratischen Staatsform fest; wobei allerdings nicht übersehen werden sollte, dass nach dem „Thüringen Monitor“ immerhin 16 Prozent der Befragten „unter bestimmten Umständen“ auch eine Diktatur für die beste Staatsform halten. Wird jedoch konkreter etwa nach Einstellungen zu Fremdem oder Ausländern gefragt, dann tun sich Abgründe auf: So sieht nach „Thüringen Monitor“ fast die Hälfte der Befragten die Bundesrepublik als „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ an – nicht nur vor dem Hintergrund des in Thüringen äußerst niedrigen Ausländeranteils geradezu absurd - und 44 Prozent meinen, dass Ausländer „nur zu uns kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“.

Ob bzw. inwieweit man aus solchen und ähnlichen Einstellungen sogenannte, geschlossene rechtsextreme Weltbilder bzw. Einstellungsmuster konstruieren kann, erscheint mir ein wenig zweifelhaft, zumal wenn wie beim „Thüringen Monitor“ der Bevölkerungsanteil, dem solches zugerechnet wird, binnen Jahresfrist von 12 Prozent auf 17 Prozent steigt, um dann wieder auf 12 Prozent zu sinken. Allemal ist jedoch festzuhalten: Die Bedrohungslage unserer Demokratie durch autoritäre, menschenverachtende und fremdenfeindliche Einstellungen, die demokratischen Grundwerten diametral entgegenstehen, wird nicht geringer, sondern stagniert bestenfalls auf hohem Niveau.

Wie geht nun die Erwachsenenbildung und in Sonderheit die Erwachsenenbildung in Thüringen mit dieser Problematik um? Was kann sie leisten, wo stößt sie aber auch an äußere oder immanente Grenzen? Damit hat sich die im Folgenden dokumentierte Veranstaltung beschäftigt, auf der das Bildungswerk ver.di Thüringen e.V., das Bildungswerk im Bistum Erfurt, Arbeit und Leben Thüringen, das DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. und die LSB Thüringen Bildungswerk GmbH entsprechende Bildungsangebote vorgestellt haben. Dabei wurde u.a. wieder die thematische und methodische Breite deutlich, die die Freien Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen auszeichnet und die eine Stärke in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen bildet. Gleichsam gerahmt wurde die Veranstaltung durch einen Vortrag von Prof. Klaus Ahlheim, der gegen alle Gefährdungen und mögliche Frustrationen auf einer „wissens- und informationsbasierten politischen Bildung“ insistierte.

Ich wünsche eine anregende Lektüre der Tagungsdokumentation.

Dr. Jürgen Neubert
Vorstandsvorsitzender LOFT e.V.

2. Programm

Demokratie braucht Bildung – Chancen und Grenzen der Erwachsenenbildung

Veranstalter:	Landesorganisation der freien Träger in der Erwachsenenbildung e.V. (LOFT)
Termin:	am 04.12.2012
Ort:	Bildungshaus St. Ursula, Trommsdorffstraße 29, 99084 Erfurt
14.00 Uhr	Eröffnung *Dr. Jürgen Neubert, Vorstandsvorsitzender von LOFT*
14.10 Uhr	Referat: Demokratiegefährdung und politische Bildung *Prof. Dr. Klaus Ahlheim, Diplom-Pädagoge*
14.55 Uhr	Diskussionsrunde
15.10 Uhr	Pause
15.25 Uhr	Präsentation und Diskussion von Angeboten der Erwachsenenbildung zu den Themen Bildungsarbeit unterstützt demokratisches Handeln im Betrieb *Bildungswerk ver.di Thüringen e.V.* Katholische Kirche - Eckpfeiler der Demokratie? und Solidarität und Verantwortung. Katholische Kirche und Gesellschaft vor Ort *Bildungswerk im Bistum Erfurt* Neue Herausforderungen an die Demokratiebildung. Fortbildungskonzepte für MultiplikatorInnen *Arbeit und Leben Thüringen* Grenzen der Meinungsfreiheit? „Zum Umgang mit selbsternannten „‘Tabubrechern‘“ *DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.* Demokratiebildung - Chancen und Grenzen im Sport *LSB Thüringen Bildungswerk GmbH*
17.00 Uhr	Schlusswort

3. Referat: Demokratiegefährdung und politische Bildung

Prof. Dr. Klaus Ahlheim

Das Folgende habe ich ausführlich dargelegt, begründet und belegt in: Klaus Ahlheim, Rechtsextremismus - Ethnozentrismus - Politische Bildung, Hannover 2013

Mit den vor einem Jahr eher zufällig aufgedeckten Mordtaten des Nationalsozialistischen Untergrunds ist eine Zäsur gesetzt für die politische Bildung. Daran kommt auch der jüngste, vielkritisierte Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2011 nicht vorbei. Denn es ist schon richtig und wichtig, wenn der Bericht feststellt: „In jedem Fall ist die radikale Fremdenfeindlichkeit der Szene als ideologische Basis der Terrorzelle anzusehen ... Ausgehend von einer Ideologie der Ungleichheit und einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit erfahren Personen ‘undeutscher Herkunft‘ eine Abwertung und Entmenschlichung. Dies ist der Nährboden für fremdenfeindliche Gewalt.“ Es ist auch richtig, wenn der Bericht weiter warnt: „Da Fremdenfeindlichkeit ein wesentliches Grundelement des Rechtsextremismus ist, sind Nachahmungstaten denkbar. Der unvermittelte Angriff auf Menschen, die dem Feindbild der rechtsextremistischen Szene entsprechen, könnte von potentiellen Nachahmern als Strategie nach der vom NSU verwandten These ‘Taten statt Worte‘ verstanden werden.“ Aber das alles ist nur die halbe Wahrheit. Die meist jungen und meist wohl auch wirklich rechtsextremen Gewalttäter haben sich schon immer in ihren Taten auf die Worte und Urteile ihres Umfelds berufen, nach dem Motto: „Wir machen genau das, was ihr Alten an Stammtischen, an Kathedern, Rednerpulten und am Familientisch sagt, aber nicht zu tun wagt.“ Es gibt kein harmloses fremdenfeindliches Vorurteil, das von einem gefährlichen, rechtsextremen zu unterscheiden wäre. Vor der Gewalt gegen andere Gruppen und Ethnien steht fast immer die Gewalt des Vorurteils, in bestimmen Phasen von politischen Gruppen auch offensiv, gleichwohl als Propaganda nicht immer leicht zu erkennen, in die Welt gesetzt. Die Autoren des Verfassungsschutzberichtes, anonym wie ihre Quellen und die (wissenschaftlichen) Maßstäbe ihrer Urteilsbildung, bleiben Gefangene ihres eigenen Extremis-

musbegriffs. Kein Wort zum „Extremismus der Mitte", zur ganz „normalen" Fremdenfeindlichkeit im Alltag, am Schreibtisch von Erfolgsautoren, in der Politik, in Behörden, natürlich auch in einem Inlandsgeheimdienst. Hier spricht sich der Verfassungsschutz – stellvertretend für viele – frei. Das ist eben allenfalls „halbe Aufklärung" und für eine Behörde, die sich den „Verfassungsschutz durch Aufklärung" ausdrücklich auf die Fahnen geschrieben hat und dementsprechend auch vermehrt und offensiv als Akteur der politischen Bildung auftritt, keine gute Referenz. So misslingt Aufklärung im doppelten Sinne des Wortes: als pädagogische und als geheimdienstliche. Dabei sind die Fakten eindeutig und der Ethnozentrismus der Mitte ist unüberseh- und belegbar.

Die Empirie fremdenfeindlicher Vorurteile ist schnell „erzählt". Das Phänomen ist empirisch gut erforscht, und die Ergebnisse verschiedener Studien Wilhelm Heitmeyers und seiner Forschungsgruppe und der Friedrich Ebert Stiftung sind ebenso wie unsere eigenen Essener Studien seit Ende der 1990er Jahre ebenso stabil wie alarmierend: Fremdenfeindliche Einstellungen sind in der Mitte der Gesellschaft, unter „ganz normalen Menschen" und nicht nur am rechten Rand weit verbreitet. So meinten in der letzten Erhebung von Wilhelm Heitmeyer u. a. zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" aus dem Jahr 2012 („Deutsche Zustände" Folge 10) fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent), es lebten „zu viele Ausländer in Deutschland" und ein knappes Drittel (29 Prozent) stimmten der Aussage zu, wenn „Arbeitsplätze knapp werden", solle man „die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken". Oliver Decker u. a. fanden in ihrer jüngsten Studie aus dem Jahr 2012 („Die Mitte im Umbruch") bei 25 Prozent der Deutschen ausländerfeindliche Einstellungen. Und nach der Analyse von Daten aus dem Jahr 2006, die ich zusammen mit Bardo Heger zuerst 2008 vorgelegt habe („Nation und Exklusion"), konnten 18 Prozent der Befragten als „deutlich" und 7 Prozent sogar als „stark" fremdenfeindlich eingestuft werden.
Nimmt man beide Gruppen zusammen, zeigt also auch in unserer Erhebung ein Viertel der Deutschen ein bedenkliches Maß an Fremdenfeindlichkeit. Es wird in allen Studien deutlich: Fremdenfeindliche Einstellungen sind kein Problem der extremen Rechten. Es gibt eine Vielzahl von Motiven für fremdenfeindliche Orientierungen und es gibt eine Vielzahl von Gruppen, die für fremdenfeindliche Vorurteile anfällig sind. Die „Partei" der Fremdenfeinde ist gewissermaßen eine große Volkspartei, in der sich alle Gruppierungen, alle Glaubensrichtungen, alle Parteien, auch manche Gewerkschafter wiederfinden. Die fremdenfeindlichen Denk- und Orientierungsmuster hierzulande erweisen sich insgesamt, so kann man bilanzieren, also als recht „stabil", bei leicht rückläufiger Tendenz. Interessant ist freilich, dass der Vergleich zwischen den Antworten von 1996 und 2006, den wir selbst in der genannten Studie vorgenommen haben, eine gewisse Verschiebung im „Charakter" fremdenfeindlicher Einstellungen signalisiert. Aggressive Ausgrenzungs- und Abwehrwünsche gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen haben leicht abgenommen, wohl auch weil ja die „Festung Europa" insgesamt kaum noch Immigration zulässt. Forderungen nach stärkerer Integration, nach Anpassung der hier lebenden Familien haben dagegen zugenommen. Im Grunde spiegeln solche Veränderungen in den Zustimmungen zu fremdenfeindlichen Aussagen – ganz materialistisch – politische Realität ebenso wider wie die Veränderung des politisch-kulturellen Klimas, das aus verschiedenen Gründen Anpassungsleistungen der Eingewanderten besonders großschreibt.

Je mehr nun aber die Anpassungsforderung an die Migranten und Personen mit Migrationshintergrund zunimmt und Anhänger und Zustimmung findet, desto deutlicher tritt das Problem der Religion, des Islam, in den Vordergrund fremdenfeindlicher Agitation und Denkweisen, weil die Migranten, allen möglichen anderen Anpassungsleistungen zum Trotz, gerade da, wo es um das identitätsstiftende und biografisch und kulturell tief verankerte Moment der Religion geht, sich nur schwer anpassen können und wollen. Das ist übrigens einer der Gründe, der „innenpolitische" gewissermaßen, warum das Ressentiment gegen die „ausländischen" Türken, ganz und gar nicht neu, aber nicht zuletzt von Thilo Sarrazin und seinem „Deutschland schafft sich ab" neu belebt, sich im aktuellen Vorurteil vor allem am Islam, an Moscheen und religiösen Traditionen und Bräuchen festmacht. Weniger gefährlich macht das die Vorurteile gegen die Fremden und Anderen nicht. Im Gegenteil.

Oskar Negt hat in seinem 2010 erschienenen stark biografisch geprägten, bilanzierenden Buch „Der politische Mensch" dem politischen Lernen und der politischen Bildung einen zentralen Stellenwert zugesprochen („Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss.") und dabei das Regiment des Vorurteils als das entscheidende Hindernis für den öffentlichen Gebrauch der Vernunft benannt. In einem Kapitel, überschrieben mit dem Einstein-Zitat „Es ist leichter, ein Atom zu zertrümmern als ein Vorurteil", hält er unter anderem fest: „Für die politische Bildung ist ... die Beschäftigung mit Vorurteilen deshalb von besonderem Gewicht, weil sich in ihnen die härtesten Widerstände gegen Erfahrung und Wissen organisieren." Fremdenfeindlichkeit, so Negt weiter, sei in der Tat das aktuelle und politisch gravierende Vorurteil, mit dem man sich auseinandersetzen müsse.

Und Sir Peter Ustinov, weltbekannter britischer Schauspieler, Regisseur und Autor, Sonderbotschafter auch von UNESCO und UNICEF, gründete wenige Monate vor seinem Tod das Sir Peter Ustinov Institut in Wien, das sich heute als „internationales Kompetenzzentrum“ versteht, um „die Ursachen für das Entstehen von Vorurteilen und Feindbildern und deren Einfluss auf Konflikte und menschliches Verhalten zu erforschen – mit dem Ziel, diese als Ursache von Armut, Diskriminierung und Konflikten zu überwinden“. „Vorurteile“, so schrieb Ustinov im August 2003 zur Gründung des Instituts, „sind der Ausgangspunkt vieler sich häufender Probleme in der Welt ... Man hüte sich davor, schale, abgestandene, überkommene Meinungen gedankenlos zu übernehmen.“ Vorurteile, das war für Ustinov klar, sind nicht nur individuelle Einstellungsmuster und Haltungen, sie entfalten auch eine zerstörerische politische Sprengkraft.

In der Tat: Mit Vorurteilen wird auch Politik gemacht, an den Stammtischen und Kathedern, in den Redaktionsstuben und Plenarsälen, bei Sonntagspredigten und Wahlkämpfen. Vorurteile sind gewissermaßen der (verborgene) Grundstoff der Politik, dort, wo Herrschaft erlitten und ertragen, und da, wo Herrschaft ausgeübt und perpetuiert wird. Von dem im Alltag hilfreichen, gewissermaßen harmlosen Vor-Urteil, das dem einen nutzt, ohne dem anderen zu schaden, ist das im politischen Leben höchst wirksame Vorurteil zu unterscheiden, das mit negativen, aggressiven, ja feindlichen Gefühlen anderen gegenüber verbunden ist, mit ablehnenden Einstellungen gegenüber einem Menschen oder einer bestimmten Menschengruppe, mit Antipathie, ja Feindseligkeit und Hass. Solches Vorurteil schafft sich seine eigene Feindwelt und macht zugleich eine als bedrohlich empfundene Wirklichkeit für den Vorurteilsvollen erträglicher, lenkt ab von den materiellen und politischen Ursachen eines krisenhaften Alltags. Denn Flucht in Fundamentalismus und Irrationalismus, in vorurteilsvollen Hass gegen das Andere und Fremde, in eine Weltsicht und Wirklichkeitswahrnehmung, die nur Schwarz und Weiß sieht und Nuancierungen und Differenzierungen ablehnt, begleiten die Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs in besonderer Weise. Vorurteile sind der Stoff für Diskriminierungskampagnen und Sündenbockpraktiken, aus Vorurteilen werden Ideologien gezimmert und Geschichtslügen gemacht. Vorurteile befördern mit ihrer stets primitiven, im Grunde falschen, auf den ersten Blick aber eingängigen „Beweisführung“ aggressive Ausgrenzungspraktiken, bisweilen gar regelrechte „Treibjagden auf Sündenböcke“, bereiten letztlich auch dem Pogrom den Weg. Nicht zuletzt: Vorurteile sind auch Lernbarrieren. Vorurteilsvolles „Denken“ und Handeln ist zunächst gänzlich immun gegenüber Tatsachen und Gegenargumenten. Vorurteile sind bequemes Nicht-denken-Müssen und Nicht-denken-Wollen in unbequemer Lage und Zeit. Ein Mensch mit vielen Vorurteilen ist ein Mensch mit dem sprichwörtlichen „Brett vor dem Kopf“, an dem Argumente erst einmal abprallen. Er wird zwar im Bedarfsfall einräumen, dieser oder jener persönlich bekannte Ausländer sei durchaus ein anständiger Mensch, am prinzipiellen fremdenfeindlichen Vorurteil aber ändert solche vermeintliche Ausnahme nichts. Gordon W. Allport hat das bildhaft-treffend als „refencing“ bezeichnet, als „Wieder-Einzäunen“, nachdem einer durch die Lücke geschlüpft ist.

Gerade ökonomische und gesellschaftliche Umbruch- und Krisenzeiten, wie wir sie gegenwärtig, nicht nur in Europa, erleben, sind schlechte Zeiten für gute Argumente, und pädagogische Intervention und Aufklärung tun sich schwer. Gerade dann, wenn zur gesellschaftlichen und individuellen Bewältigung der Krise, zur Veränderung der Verhältnisse gar, politisches Wissen und Handeln nötig wären, verweigern sich Einzelne und ganze Gruppen dem Erkenntnisprozess, der politischen Bildung zumal, weil Not, ge-

sellschaftlicher Abstieg, soziale Deregulierung und damit verbundene Ohnmachtserfahrungen zwar, wie das alte Sprichwort sagt, vielleicht „beten lehren", aber nüchterne Erkenntnis und rationales Argumentieren nicht unbedingt fördern. Der Vorurteilsvolle und sein Vorurteil erweisen sich zunächst als aufklärungsresistent. Gegen lebensgeschichtlich erworbene Vorurteilsstrukturen und allseits parate Sündenbocktheorien und -mechanismen, die durch aktuelle Bedrohungsszenarien und Ohnmachtserfahrungen und -gefühle aktualisiert, bestärkt und scheinbar bestätigt werden, argumentiert politische Aufklärung zunächst vergeblich. Was also tun?

Es ist nur scheinbar paradox: Gegen die Verweigerung von Aufklärung, gegen den fehlenden Mut, sich – wie Immanuel Kant es forderte – seines eigenen Verstandes zu bedienen, helfen nur Aufklärung und Selbstaufklärung. Für die politische Bildung heißt das: Sie setzt Fakten gegen Vorurteile und liefert Argumente gegen den Hass, denn erst eine politische Bildung, die durch die Vermittlung politischen (Zusammenhang-)Wissens eine als bedrohlich und unüberschaubar erlebte Wirklichkeit analysiert und strukturiert und – in der Vielfalt und Fülle der Informationen – Zusammenhang herstellt, und die nicht zuletzt ideologiekritisch Wirklichkeitsverklärungen und -verfälschungen entgegenarbeitet, macht tendenziell den Rückgriff auf Vorurteile überflüssig, wehrt schließlich dem bequemen (Nicht-)Denken, das ohne Stereotype und Schwarz-Weiß-Malerei nicht auskommt, und macht gerade so politische Lernprozesse erst möglich. Politische Bildung stärkt die Menschen, so kann man Hartmut von Hentigs berühmten Buchtitel („Die Menschen stärken, die Sachen klären") abwandeln, indem sie die Sachen, d. h. die Dinge und ihren Zusammenhang, klärt.

Dem „psychischen Vorteil" des Vorurteils, dem bequemen Nichtdenken-Müssen in unbequemer Lage und Zeit, dem Abwälzen der eigenen Schwächen und Schwierigkeiten auf den Anderen und Fremden, kann aufklärende politische Bildung (das wird in der Diskussion um neue, erlebnis- und handlungsorientierte Formen der politischen Bildung zu schnell vergessen) eine ganz andere Erfahrung entgegensetzen: Auch Denkperspektiven, selbst wenn sie sich nur allmählich auftun, wirken befreiend. Wissen und Erkenntnis, die – wenngleich nur partiell – helfen, den Alltag, Vergangenheit und absehbare Zukunft mitsamt den Bedrohungen und den Ursachen der Bedrohungen zu durchschauen und zu begreifen und so überhaupt erst gestaltbar zu machen, sind immer auch psychische Gratifikationen; denn Wissen und Erkenntnis rühren an jenen utopischen „Kern" in der aufklärungsresistenten psychischen Struktur, der trotz aller Deformation zumindest ahnt, dass die Welt zu erkennen und zu gestalten allemal besser ist als bloßes Erleiden. Und dieses Begreifen der Dinge und der Zusammenhänge kann – der alltägliche Schulfrust vor allem lässt das Lehrende wie Lernende allzu leicht vergessen – durchaus lustvoll, ja erregend sein. Solche politische Bildung gegen Rechtsextremismus arbeitet vor allem themen- und sachorientiert, stellt in ihr Zentrum eben Wissensvermittlung und Information, vermeidet aber die falsche Alternative von „Kopf und Bauch". Sie verbindet vielmehr Subjektorientierung, Selbstreflexion und Selbstaufklärung mit solider Wissensvermittlung, gibt und lässt – gewissermaßen informationsgestützt – den Lernenden die Chance, jene in einem langen Sozialisations- und Individuationsprozess erworbenen Einstellungen und Denkmuster zu hinterfragen, die vorurteilsfreies Handeln erschweren und die in gesellschaftlich zugespitzten, krisenhaften Situationen in Fremdenhass und Gewalt umschlagen können.

Das von mir favorisierte didaktische „Wissenskonzept" ist im Übrigen gerade nicht, wie manche unterstellen, autoritär, sondern zurückhaltend, es akzeptiert die Entscheidungen und Lebenszusammenhänge der Lernenden. Es hat mit autoritativer „Wissensausgießung" nichts zu tun und es muss schon gar nichts haben von jenem immer wieder unterstellten Missionars- und Weltverbesserungshabitus der Lehrenden, die angeblich immer schon wissen, wie und wo es „langgeht". Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer politischer Bildungsveranstaltungen

haben im Gegenteil ein Recht darauf, dass ihnen ein den Alltag und die Welt strukturierendes Wissen nicht von jenen Pädagoginnen und Pädagogen vorenthalten wird, die ihren professionellen und sozialen Status ganz wesentlich einem Privileg verdanken: dass sie sich nämlich fast zwei Jahrzehnte lang in Schule und Studium dem intensiven Wissenserwerb widmen konnten. Was die Lernenden, die Subjekte des Lernprozesses mit diesem Wissen machen bzw. nicht machen, das ist –zum Glück dem Einfluss der professionellen Pädagogen weitgehend entzogen.

Rechtsextremismus und Gewalt, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit müssen über die aktuellen Anlässe hinaus zentrale Themen der politischen Bildung sein, nicht nur in „Konjunkturen", wenn einmal die öffentlich-politische Empörung hochkocht. Dabei geht es stets um mehrere Dimensionen, um die Herausarbeitung etwa der politischen Strukturen und Strategien des organisierten Rechtsextremismus – auch in historischer Perspektive – und um die Analyse der Entstehung fremdenfeindlicher, autoritärer Handlungs- und Orientierungsmuster in der Mitte der Gesellschaft, um die Wirkung und Funktion von Vorurteilen, um Sündenbockpraktiken und öffentlich-politische Diskurse der Ausgrenzung, um Migrationspolitik („Festung Europa") mit all ihren Konsequenzen und Multikulturalität, auch um das folgenreiche Zusammenspiel von religiösem Fundamentalismus und Politik.

Vor allem, weil es stets auch „ethnisch maskierte" soziale Konflikte sind, mit denen es die politische Bildung „gegen rechts" zu tun hat, muss sie auch die ökonomische Realität in „Zeiten des Marktradikalismus" thematisieren und soziale Ungleichheit problematisieren, eine Thematik, die der Zunft der universitären Politikdidaktik mit dem Beutelsbacher Konsens und seiner Wirkungsgeschichte weithin aus dem Blick geraten ist.

Eine ganz zentrale Funktion hat im Kontext einer politischen Bildung „gegen rechts" das Erinnern an die nationalsozialistische Barbarei, die Widerlegung des rechtsextremen Geschichtsrevisionismus, der mit dem Leugnen der Gräuel von Auschwitz neuer Barbarei den Boden bereiten könnte. Erinnerungsarbeit in Verbindung mit lokalen Kultur- und Geschichtsinitiativen etwa, Gedenkstättenarbeit gehören zum Kern jeder politischen Bildung.

Bei all dem brauchen politische Bildner einen langen Atem. Aber: Selbst wenn die Wirkung politischer Bildung begrenzt wird und begrenzt ist, das Angebot politischer Bildung hat immer eine öffentliche Dimension und damit politische Wirkung und ist schon deshalb unverzichtbar, unabhängig vom „Erfolg" der Lernenden. Was die politische Bildung nämlich im Gespräch hält, der politischen Tabuisierung absichtsvoll entreißt, ist von großer Bedeutung für das gesellschaftlich-kulturelle Klima hierzulande. Und dieses gesellschaftliche Klima kann, ebenso übrigens wie das „Binnenklima" in Institutionen (z. B. in der Schule), mitentscheiden, ob rechtsextreme Welt- und Feindbilder latent bleiben oder sich in aggressivem Hass gegen alles Andere und Fremde entladen.

Der politische Bildner ist ein professioneller Optimist – stets am Rande der Resignation. Er hat sich eine Sisyphusarbeit aufgeladen. Aber wir wissen ja seit Albert Camus, dass wir uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen müssen.

4.1 Bildungsarbeit unterstützt demokratisches Handeln im Betrieb Beschäftigte nehmen ihre Interessen in die Hand - Gewerkschaftliche Bildungsarbeit hilft ihnen dabei

Karin Allendorf, Geschäftsführende Pädagogische Leiterin des Bildungswerkes ver.di Thüringen e.V.

Das Bildungswerk ver.di Thüringen e.V. als gemeinnütziger und seit über 20 Jahren in Thüringen als förderfähig anerkannter Erwachsenenbildungsträger stellt thüringenweit thematisch vielfältige Bildungsangebote für alle an politischer, beruflicher, kultureller und allgemeiner Bildung Interessierten zur Verfügung und hat dabei insbesondere die Arbeits- und Lebenswelt aus Sicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Fokus. Mehr Mitbestimmung, mehr Teilhabe, mehr Meinung - über Demokratie wird viel diskutiert, aber wie funktioniert Teilhabe und demokratisches Handeln in einem Betrieb?

Dieser Frage ging das Bildungswerk ver.di Thüringen in Kooperation mit dem ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und der ver.di Bildungsstätte Saalfeld am 15. Oktober 2012 im Rahmen eines Tagesworkshops nach. Als gewerkschaftlicher Bildungsträger war und ist es uns ein besonderes Anliegen, auf demokratische Rechte von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zu schauen und dabei den Fragen nachzugehen:

- Wie nehmen Beschäftigte ihre Interessen wahr?
- Wie laufen demokratische Prozesse in der Arbeitswelt ab?
- Welches Wissen und welcher Fähigkeiten bedarf es, damit Menschen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen?
- Wie kann gewerkschaftliche Bildungsarbeit sie dabei unterstützen?

Bewusst war dies so konkret zum Titel der Veranstaltung gemacht worden, um mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Betrieben und Einrichtungen ins Gespräch zu kommen.

21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen diesem Anliegen nach und schauten sich am Beispiel der amazon-Beschäftigten den Weg vom Un-Mut zum Mut, „vom Meckern zum Machen“, vom Willen zu Veränderung bis hin zum Handeln für Veränderung an - einem Prozess, der so oder ähnlich auch in anderen Branchen, Betrieben oder Einrichtungen ablaufen könnte: aus einer Problem- und Konfliktlage im Betrieb erwächst (Un-)Mut und der Wille, eigene Interessen besser zu vertreten. Dazu bedarf es Sachwissen, Selbstbewußtsein, Austausch und Stärkung und damit genau die „Bildung zur Demokratie“, die Menschen organisiert und befähigt, ihre Rechte zu kennen, diese wahrzunehmen und Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinsam zu verbessern.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit zielt darauf ab, mit einem vielfältigen Instrumentarium demokratischem Handeln im Betrieb die erforderliche praktische Grundlage zu schaffen. Vereinzelung aufzubrechen, das Gefühl des Ausgeliefertseins zu überwinden, aus dem Beklagen von Missständen heraus aktiv zu werden, die eigenen Interessen selbst in die Hand zu nehmen und zur bewussten Gestaltung von Veränderungsprozessen überzugehen, dieses Anliegen setzt gewerkschaftliche Bildungsarbeit in strategische Konzepte um.
Das umfasst Vermittlung von Wissen und Entwicklung von Kompetenzen, fachlichen, vor allem aber auch persönlichen und sozialen. Es gilt, Verhaltensweisen bewusst und Rollen verständlich zu machen, Raum zu bieten, für die erforderliche Reflexion von Erfahrungen. Ein mit diesem Anspruch angelegter, systematisch organisierter Bildungsprozess fördert aktives demokratisches Handeln (nicht nur) im Betrieb, die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und gemeinsam mit anderen auch kollektiv. Wir sind in der Lage, beispielhaft darzustellen, wie erfolgreich gewerkschaftliche Bildungsarbeit in diesem Sinne wirken kann.

Thomas Voß, Vorstandsvorsitzender des Bildungswerkes ver.di Thüringen und Landesleiter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (Auszug aus dem Impulsreferat)

Das Interesse und die sich im Laufe des Workshops rege gestaltende Diskussion der anwesenden Beschäftigten aus den Handelsbetrieben IKEA, H&M, Kaufland, REAL, Karstadt und Einrichtungen wie dem Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (TLLV), der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), der Rhön-Rennsteig-Sparkasse sowie der haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft war Beweis dafür. Mit einem Bericht erhielten die Anwesenden Einblick in die Arbeitssituation, die geprägt ist von Zeit- und Leistungsdruck, Überwachung und Diskontinuitäten. Genau das war der Ausgangspunkt für den Willen zu Veränderung bei etlichen Beschäftigten. Egal ob in Voll- oder Teilzeit, geringfügig, befristet oder als Leiharbeitnehmer beschäftigt – sie alle wollten ihre Arbeitsbedingungen ordentlich geregelt wissen, einige fragten nach einem Tarifvertrag und stellten nach und nach fest, dass sie sich organisieren müssen, um etwas tun zu können.

Sie fanden Unterstützung in einem Gewerkschaftsprojekt und wurden begleitet von Bildungsarbeit, und zwar hier in Thüringen in der ver.di Bildungsstätte Saalfeld, deren Leiterin Carmen Machwirth-Kolle das Bildungskonzept vorstellte:

DAS BILDUNGSKONZEPT

Ablauf und Arbeitsweise
Ziel der Fortbildungsreihe ist, die Teilnehmenden in ihrer gemeinsamen Arbeit zu unterstützen, offene Fragen zu klären, Wege der Zusammenarbeit zu verabreden und auszuprobieren. Wir arbeiten prozesshaft und systematisch-analytisch, d.h., es wird ein Rahmen vorgegeben. Die konkrete Ausgestaltung und Bearbeitung wird entsprechend des Veranstaltungsverlaufes vorgenommen. In jedem Workshop erhalten die Teilnehmenden die Aufgabe, sich ein Vorhaben vorzunehmen. Die Workshops starten jeweils mit der Reflexion dieses Vorhabens.

Einstiegsworkshop
- Klärung der inhaltlichen Erwartungen in Bezug auf die Fortbildung
- Kontrakt für die Zusammenarbeit während der Fortbildung
- Was motiviert mich für meine ehrenamtliche Arbeit?
- Welche sozialen und inhaltlichen Ziele habe ich?
- Welche inhaltlichen und sozialen Ziele können wir gemeinsam entwickeln?

Zweiter Workshop
Ein gemeinsames Verständnis von Zusammenarbeit in unserem Gremium entwickeln:
- Klärung der Rollen und Aufgaben in der Zusammenarbeit zwischen
  - Ehrenamtlichen, z.B. Vorstand – Präsidium - Arbeitsgruppen
  - Ehren- und Hauptamtlichen
- Arbeits- / Kommunikationsstrukturen
- Erfolgskriterien in der Arbeit
- Dynamik in Teams

Dritter Workshop
Strategie- und Zielfindungsprozesse gestalten
- Zielcontrollingsysteme entwickeln
- Veränderungsdynamiken verstehen lernen und gestalten

Vierter Workshop
Reflexion der Einhaltung der bislang getroffenen Vereinbarungen
- Vereinbarungen für die weitere Zusammenarbeit
- Bearbeitung der noch offenen Themenstellungen

Beim Projekt „Fit für die Gewerkschaftsarbeit“ handelt es sich um eine Seminarreihe, die aus vier Modulen besteht. Sie richtet sich an Gewerkschaftsmitglieder, deren Ziel es ist, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv zu beteiligen, klare Strategien und Ziele für ihre Arbeit festzulegen und eine leistungsfähige Arbeits- und Kommunikationsstruktur aufzubauen.
Mit diesem Konzept und den Inhalten dieser Seminarreihe wird eine beteiligungsorientierte Interessenspolitik angestrebt. Deren konkrete Ausgestaltung erfordert eine Reihe von Kompetenzen, so zum Beispiel soziale und methodische Kompetenzen und auch Fachkompetenzen, die in den Modulen vermittelt und zum Teil erprobt werden. Auf der Grundlage der Ausgangsbedingungen der Teilnehmenden an der Seminarreihe werden Ziele und Kriterien vereinbart, die die Zielerreichung „messbar“ machen.
Erfolge, Herausforderungen und auch Rückschritte werden dokumentiert und visualisiert, so dass Schwerpunkte und Entwicklungen im Verlauf des Bildungsprozesses nachvollziehbar werden.

Anschaulich wurde dem interessanten, auch schweren und noch immer andauernden Weg der amazon-Beschäftigten nachgegangen, die hin zum selbständigen Agieren und demokratischen Handeln in der Bildungsarbeit eine kompetente und stärkende Prozessbegleitung fanden.

Viele der Workshop-Teilnehmenden zeigten sich beindruckt von der zunehmenden Gestaltungs- und Beteiligungskompetenz!
In der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurden auch Problemstellungen anderer Betriebe dargelegt und erörtert. Besonders erwähnenswert ist, dass auch ganz konkrete Angebote der Unterstützung und Zusammenarbeit vereinbart worden sind, so im Bereich des Arbeitsschutzes.
Zum Abschluss wurde im Workshop ein Transparent der Teilnehmenden der Seminarreihe gezeigt, das die vielschichtigen Effekte der Demokratiebildung im Betrieb veranschaulichte.

Uns ist wichtig, dass Menschen sich beteiligen, selbst in Verantwortung gehen. Dazu gehört auch, wie am vorgestellten Beispiel, sich zu organisieren, zu vernetzen, gemeinsame Ziele zu vereinbaren und deren Erreichung umzusetzen sowie andere von diesen Zielen zu überzeugen. Unsere Bildungsarbeit nimmt hierbei eine unterstützende Rolle ein. Sie bietet Menschen Raum für Begegnung und Austausch, die Auseinandersetzung mit den Fragen unserer Zeit, sie macht Lern- und Übungsangebote. Sie hat einen wichtigen Platz bei der Teilhabe an der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft.

Carmen Machwirth-Kolle, Leiterin der ver.di Bildungsstätte Saalfeld

4.2 Katholische Kirche und Demokratie

Patricia Heich, Geschäftsführerin, Bildungswerk im Bistum Erfurt

Kurze Gesamteinführung: Katholische Kirche und Demokratie?

Mit der Erklärung über die Religionsfreiheit, die vom II. Vatikanischen Konzil am 26. und 27.10.1965 abschließend beschlossen wurde, bestimmt die katholische Kirche nicht nur ihr Verhältnis zu den anderen Religionen, sondern auch zur pluralen und demokratischen Gesellschaft. Die Wirkungsgeschichte, die dieses Dekret in Gang gesetzt hat, ist noch nicht beendet. Im Moment befindet sich die katholische Kirche global in einem sehr intensiven und offenen Diskurs über die in der Erklärung angestoßenen Fragen. Aber nicht nur global ist dieses Thema eine Herausforderung, sondern auch dort, wo sich katholische Kirche konkret im System eines demokratischen Staates und den pluralen Strukturen einer modernen Zivilgesellschaft verortet.

Demokratieverständnis und die Begleitung demokratischer Prozesse ist für die Bildungsarbeit in der katholischen Kirche Herausforderung und Aufgabe. Im Zusammenhang mit dem Projekt „Erwachsenenbildung und wertebasierte Demokratiebildung“ hat das Bildungswerk im Bistum Erfurt das Katholische Forum im Land Thüringen, eines seiner Mitglieder, beauftragt, der Frage von Demokratie und katholischer Kirche in der Gegenwart nachzugehen.

Die Aufgabe, der sich das Katholische Forum gegenüber sah, lässt sich wie folgt beschreiben: Zum einen sollte der Stand der Theoriediskussion erarbeitet und vorgestellt werden, zum anderen sollten auch die lebendigen und praktischen Bezüge katholischer Kirche vor Ort in der säkularen Gesellschaft diskutiert und Handlungsfelder aufgezeigt werden.

In einer Abendveranstaltung mit dem Titel „Katholische Kirche Eckpfeiler der Demokratie?“ wurde eine Bestandsaufnahme 50 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil versucht. Dabei wurde sowohl nach der Rolle der Kirche in der Zivilgesellschaft gefragt - was nicht bedeutet, allein das Verhältnis zum Staat in den Blick zu nehmen - und die Frage diskutiert, in wieweit demokratische Prozesse in der Kirche selbst zum Tragen kommen können und wo dafür Grenzen liegen. Einen Außenblick auf die innerkirchliche Struktur und den Ort der Kirche in der Zivilgesellschaft ermöglichte die intensive Diskussion.

Genauso spannend ist auch die Frage, wie sich dies im lebendigen Vollzug einer Pfarrei, in der Kirche vor Ort, ereignet. Dieser Frage wurde in der Tagesveranstaltung „Solidarität und Verantwortung. Katholische Kirche und Gesellschaft vor Ort“ nachgegangen. In der säkularen und areligiösen Gesellschaft Thüringens sind Kirchen eine Minderheit, dies gilt besonders für die katholische Kirche. Im Rahmen der momentan stattfindenden Strukturveränderungen im Bistum Erfurt erfolgt eine neue Bestimmung der Pfarreigrößen und ihrer Struktur. Das Katholische Forum im Land Thüringen hat daher gemeinsam mit dem Seelsorgeamt des Bistums am Beispiel der Pfarrgemeinde Gotha versucht, eine solche Standortbestimmung durchzuführen. Eine Pfarrgemeinde, die sich in groben Zügen mit dem Gebiet eines Landkreises deckt, muss sich selbst fragen, wie sie in diesem Landkreis präsent sein und wahrgenommen werden

will. Sie muss sich aber auch fragen lassen, was die Pfarrgemeinde in die gesellschaftliche und kommunalpolitische Kultur dieses Territoriums einbringen kann und wo sie sich engagiert.

Katholische Kirche - Eckpfeiler der Demokratie?

Bestandsaufnahme 50 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil

Die Veranstaltung fand am Donnerstag, den 18. Oktober 2012 von 18:00 bis 21:00 Uhr in der Bildungsstätte St. Martin, Erfurt statt und wurde in Kooperation mit der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Erfurt, Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie durchgeführt. Die Veranstaltung hatte 40 Teilnehmer.

„Deutschland ist eine, dem politischen Pluralismus verpflichtete Gesellschaft. In einer solchen Gesellschaft sind unterschiedliche Interessen grundlegend legitim. Jeder Bürger und jede gesellschaftliche Gruppe ist nicht nur legitimiert, sondern explizit aufgefordert, sich an gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen. Selbstverständlich gilt dies auch für die Kirchen.“ Mit dieser These reagierte Prof. Dr. Michael Dreyer, Politikwissenschaftler an der FSU Jena, zu Beginn der Podiumsdiskussion auf die Ausführungen von Frau Prof. Dr. Tine Stein zum Thema katholische Kirche und Demokratie und auf die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Georg Essen zum Verhältnis katholischer Kirche und politischer Öffentlichkeit. Dabei ging Prof. Essen von der Bereitschaft der katholischen Kirche aus, in einer Bürgergesellschaft politische Verantwortung zu übernehmen. Damit verbindet sich allem Anschein nach eine Modernisierung der katholischen Kirche. Dennoch ist zu fragen, ob die katholische Kirche die Prozesse der Moderne hinreichend verarbeitet hat. Zumindest für die Bewältigung der neuzeitlichen Freiheitsthematik scheint das nicht zuzutreffen. Das Verhältnis von Freiheit und Wahrheit, Freiheit und Macht, Freiheit und Institution zu bestimmen, gehört nach wie vor zu den Herausforderungen der Theologie. Dennoch ist festzustellen, dass in der Erklärung zur Religionsfreiheit das Recht der Wahrheit an das Recht der Person gebunden wurde. Damit formuliert das Konzil eine neue Bestimmung des Verhältnisses von Wahrheit und Freiheit, was Auswirkungen auf die kirchliche Lebenspraxis hat. Die Erwartungen an die Kirche, eine Ordnung der Freiheiten zu formulieren ist auch eine Erwartung an die Glaubwürdigkeit ihres Handelns und ihrer Sozialgestalt. Es gehört nach Meinung des Referenten zum Wesen von Kirche, Kirche der Freiheit zu sein. In ihren Überlegungen zum „Verhältnis katholische Kirche und Demokratie“ stellte Frau Prof. Dr. Tine Stein die Bedeutung des Kirchenrechts an den Anfang der Überlegungen. Sie stellt fest, dass die Reformanstrengungen des II. Vatikanischen Konzils sich bis heute kirchenpolitisch nach innen nicht durchgesetzt haben. Wichtige Arbeitsstellen sind in diesem Zusammenhang die im Codex von 1983 formulierte Gehorsamspflicht von Klerikern und Laien, aber auch das Verhältnis von Ortskirche und Universalkirche. Die Referentin ging bei ihren Überlegungen davon aus,

dass das Bewusstsein, das die Kirche heute in der Demokratie lebt Auswirkungen auf das Selbstverständnis aller Mitglieder dieser Kirche hat. Dies bedeutet auch, dass die Rechtspositionen des Einzelnen sich in kirchenrechtlichen Strukturen niederschlagen und wiederfinden. Wenn es, wie das II. Vatikanische Konzil unterstreicht, in religiösen Dingen keinen Zwang geben kann, erfordert dies Überlegungen im Hinblick auf die innerkirchliche Gewissensfreiheit, hinsichtlich der Autorität des Lehramtes und den Grenzen der Gehorsamspflicht.

In der Diskussion wurde besonders auf die Defizite und Probleme bei der Weiterentwicklung innerkirchlicher demokratischer Strukturen eingegangen. Dabei kamen auch Unterschiede und parallele Entwicklungen innerhalb der katholischen und evangelischen Kirche zur Sprache.

Die vom II. Vatikanischen Konzil formulierte Zustimmung zu Pluralismus und Religionsfreiheit stellt wohl eine nicht mehr hintergehbare Grundsatzentscheidung der Kirche dar. Dennoch erleben wir zurzeit eine offene Wirkungsgeschichte und es ist nicht zu leugnen, dass es Tendenzen der Stagnation und Rückentwicklung gibt. Dabei spielen die unterschiedlichen politischen und religionsgeschichtlichen Situationen für die katholische Kirche als globalen Akteur eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Zugleich ist festzustellen, dass es Änderungen im Zusammenwirken und in der Diskussion der Dialogpartner Kirche - Staat sowie Kirche - Staat - Zivilgesellschaft gibt. Dies stellt alle Partner vor neue Herausforderungen.

Solidarität und Verantwortung Katholische Kirche und Gesellschaft vor Ort

Die Veranstaltung fand am Samstag, den 03. November 2012 von 10:00 - 14:30 Uhr im Augustinerkloster in Gotha statt und wurde in Kooperation mit dem Seelsorgeamt im Bistum Erfurt und der Pfarrei Gotha durchgeführt. Eingeladen waren Vertreter der Pfarrei Gotha, Vertreter aus Politik, Kirchen und Verbänden. Die Veranstaltung wurde von 45 Teilnehmern besucht.

„In der politischen Diskussion vor Ort Position zu beziehen, notwendige Entscheidungen zu kommunizieren und im Austausch mit Verantwortungsträgern die eigene Sicht auf die Dinge klar darzulegen, aber auch scheinbar unbequeme Vorhaben zumindest mit moralischer Unterstützung mit zu tragen - ganz im Sinne des Propheten Jeremia, der einst sagte: Suchet das Wohl der Stadt und betet für sie (Jer 29,7)“ ist für Herrn Landrat Konrad Gießmann das, was eine Kirchgemeinde ins gesellschaftliche Leben einbringen kann. Nach der Begrüßung von der Seelsorgeamtsleiterin des Bistums Erfurt, Frau Dr. Rademacher, sprach er über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Landkreises. Er beschäftigte sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die finanziellen Möglichkeiten, die etappenweise immer weiter eingeschränkt werden durch das Auslaufen des Solidarpakts II und den vom Freistaat beschrittenen Weg des Schuldenabbaus. Dahinter steckt zunächst die Frage, wie Verwaltungsstrukturen z.B. durch Gebietsreformen angepasst werden müssen, um bei sinkenden Einwohnerzahlen finanzierbar und dennoch „bürgernah“ zu sein. Dadurch soll die Chance zur Veränderung und mithin zur Weiterentwicklung genutzt werden, die auch in dieser Situation liegt. So finden sich z.B. seit etwa drei Jahren kleinere Gemeinden zusammen in größeren Einheiten wie der Landgemeinde, um Kräfte zu bündeln und Identität zu erhalten. Manch lieb Gewonnenes wird man in Zukunft missen. Als Themenfelder nennt der Referent hier das Schulnetz und den öffentlichen Nahverkehr, die beide neu geplant werden müssen. Eine der größten Herausforderungen sieht er persönlich darin, die Menschen in diesen Prozess mitzunehmen. „Soll Neues gedeihlich zusammenwachsen, kann und muss die Gesellschaft helfen. Kirchgemeinden können und sollten sich in diesen Wandlungsprozess einbringen.“
Die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises hat sich sehr stabil im Licht des Wachstums vollzogen, wobei die Unternehmen entlang aller Branchen ein Problem bewegt: Die Gewinnung von gut ausgebildeten Fachkräften, was nicht zuletzt auch die künftigen Auszubildenden betrifft. Eine erfolgreiche Mitarbeiterbindung wird mittelfristig nur durch eine angemessene Entlohnung erfolgreich sein, wozu nicht zuletzt die Kirchen ihre Stimme erheben um auf Missstände hinzuweisen.
Unmittelbar mit der wirtschaftlichen Lage und der Demografiefrage ist auch die soziale Situation verbunden. Die wachsende gute Beschäftigungslage sorgte für eine Verringerung der Bedarfsgemeinschaften. Dennoch gibt es Schattenseiten wie die spürbar steigenden Aufwendungen für den Vorschuss des Unterhalts, der von säumigen Müttern und Vätern nicht geleistet wird, sowie die steigenden Zahlen älterer Menschen, deren Rente trotz jahrzehntelanger Arbeit oder infolge gebrochener Berufsbiographien nicht ausreicht, um ohne Grundsicherung durch das Sozialamt zu leben. Um den sozialen Sprengstoff, der sich hinter diesen Zahlen verbirgt zu entschärfen, können das seelsorgerische und karitative Engagement der Kirchgemeinden sowie kirchlichen Einrichtungen (etwa der Caritas oder der Diakonie) deutlich beitragen. Ohne deren hauptamtliches sowie ehrenamtliches Engagement wäre dieses noch immer breite Netz sozialer Angebote nicht denkbar.

Das Ehrenamt zu fördern und zu stärken muss daher auch erklärtes Ziel der Politik sein. So sind es oft ehrenamtlich engagierte Mitglieder von Kirchgemeinden, die durch staatliche Ehrungen in Thüringen ausgezeichnet werden.

Das 2. Statement kam von Frau Bettina Schünemann, eine Künstlerin aus Gotha, die Kunst und Kirche als alte Verbündete sieht, auch wenn es die kirchliche Auftragskunst im traditionellen Sinn nicht mehr gibt. „Die Kirchen sähen heute nicht so aus wie sie aussehen ohne die Kunst, und die Kunst wäre um vieles ärmer ohne die künstlerischen Auseinandersetzungen mit biblischen und geistlichen Fragen." So plädierte sie dafür, dass Kirchen „laute und stille Orte" sein sollen, an denen man Anregungen zum Nachdenken über „spirituelle Fragen und über Gott und die Welt" finden müsse, aber auch emotionale Grundbedürfnisse stillen könne.

Auch für Herrn Superintendenten Friedemann Witting sind die größten Herausforderungen für die Kirchen der demografische Wandel, der Rückgang der kirchlich engagierten Gläubigen, die Schwierigkeiten der Ausbildung von Religionslehrern im Schuldienst, die Reduzierung der finanziellen Mittel und die Schließung von Kirchgebäuden. Die Kirchen sollten noch mehr mit vereinten Kräften in die Gesellschaft hineinwirken und den Blick auf Wachstumspotentiale nicht verlieren. Die Wahrnehmung, dass der Anteil der Christen nach wie vor signifikant höher ist als der von Vereinen und Gruppierungen in Dörfern und Städten im Landkreis sollte deutlicher zum Vorschein kommen. Dennoch müssen sich die Kirchen gemeinsam die Frage stellen, wie in Zukunft Gemeinde ohne Hauptamtliche möglich sein kann.

Herr Stefan Weise, Caritas Mitarbeiter in Gotha und PGR-Vorsitzender der neu gegründeten Pfarrgemeinde Gotha, berichtete von seinem Auftrag in der und für die Welt. In den letzten Jahren sei es gelungen, das Gespür für Menschen in der Gemeinde zu entwickeln, die in Not sind. So pflegen Caritas und Kirchgemeinde prinzipiell eine sehr gute Zusammenarbeit mit wenigen stark engagierten Ehrenamtlichen. Herr Weise sieht es als Herausforderung im Rahmen der neuen Pfarrei, die Aktivitäten auch in den Filialgemeinden bekannter zu machen und vielleicht auch vor Ort neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Für seine doppelte Stellung ergeben sich ähnliche Probleme wie sie Herr Landrat Gießmann angesprochen hatte: Altersarmut durch Arbeitslosigkeit und geringen Verdienst, Anwachsen sozialer Brennpunkte durch Wohnraumsteuerung, Vereinsamung. Die finanziellen Mittel werden immer mehr eingeschränkt, sodass Dienste reduziert oder ganz aufgegeben werden müssen. Hier sei es wichtig, aus eigenen Kräften, in guter Qualität, selbstbestimmt mit klarem Profil und dauerhaft zu handeln. Oft wird die christliche Identität der Institutionen, vor allem der Caritas, nicht mehr wahrgenommen, was darauf zurückzuführen ist, dass es Probleme gibt, fachlich geeignete Mitarbeiter für die Dienste zu finden, die noch über einen kirchlichen Hintergrund verfügen und dazu führt, dass die Caritas oft mit einer Außenstelle einer staatlichen Behörde oder einem sonstigen Leistungsanbieter verwechselt wird.
„Aus meiner Sicht liegt die Solidarität und Verantwortung von Caritas und Kirche in der Gesellschaft darin, sich um die zu kümmern, die keiner haben will, mit einem Einsatz, für den es kein Geld vom Staat gibt, der keinen Ruhm und keine Ehre einbringt und für den man manchmal auch Prügel einstecken muss." Hierbei geht es für ihn insbesondere um die Begleitung Sterbender und von deren Angehörigen, die Unterstützung von Familien mit behinderten Kindern, Flüchtlingen, Asylbewerbern, Migranten, Obdachlosen, Straffälligen (insbesondere Sexualstraftätern) sowie den Einsatz gegen die Diffamierung von Hartz-IV-Empfängern.

Herr Torsten Kunz, Geschäftsführer der KulTourStadt Gotha, ist in einer ähnlichen Position wie die Kirchen: Kultur und religiöse Angebote – für beides wird nicht gerne bezahlt und doch wird beides gefordert. Der Geschäftsführer verpflichtet sich selbst, Kultur allen zugänglich zu machen. Der Ausbau des Kontaktes mit den Kirchen ist ihm für den Tourismus und das kulturelle Angebot vor Ort sehr wichtig. So werden Radpilger und der glaubensmotivierte Urlaub bis 2017 immer mehr ansteigen. Gemeinsame Projekte sind bisher durchgeführt worden wie Kulturnächte, die auch in den Kirchen stattfanden und viele Menschen tief berührten. Einige Projekte konnten trotz Anfrage von Seiten der KulTourStadt nicht durchgeführt werden, die Resonanz von Seiten der Kirchen blieb aus. Eine engere Zusammenarbeit bei Großprojekten ist für ihn daher wünschens- und erstrebenswert.

In der darauffolgenden Austauschzeit und Diskussion wurde deutlich, dass trotz aller Unterschiede Politik, Kunst, Soziales, Tourismusförderung und Kirchen mit vielen gleichen Herausforderungen zu tun haben: Mangel an Ehrenamtlichen, Reduzierung der finanziellen Mittel, Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit sind hier nur einige Schlagworte. Die Kirchen als gesellschaftliche Faktoren und Dialogpartner, oft sogar als mögliche Kooperationspartner wurden als solche, von manchen zum ersten Mal, wahrgenommen. Diverse Vertreter der einzelnen Institutionen stießen über alle bisherige Vernetzung hinaus auf neue mögliche Kooperationspartner unter Vortragenden und Gästen.

4.3 Herausforderungen der politischen Bildung in einer „Marktgerechten Demokratie“

Uwe Roßbach, Geschäftsführer, Arbeit und Leben Thüringen

In einer der auflagenstärksten politikwissenschaftlichen Zeitschriften dieses Landes der APuZ zum Thema Parlamentarismus konstatiert ein Mitarbeiter des FAZ-Instituts „Nicht mehr Partizipation und Mitbestimmung ist von Nöten sondern eher weniger (…) Wir sollten heute (…) nicht mehr, sondern weniger Demokratie wagen“. Laszlo Trankovits, von dem dies stammt, vergisst nicht zu erwähnen, „sicher braucht es mehr politische Bildung“. Allerdings ist es fragwürdig, was das dann für eine politische Bildung sein sollte. Eher eine, die die BürgerInnen darauf einzustimmen hätte, dass Demokratie nur in einem sehr beschränkten Kreis überhaupt nötig ist. „Wahrheiten sind auch in einer Demokratie nicht mehrheitsabhängig“, heißt es bei ihm weiter.

In solchen Aussagen wie anderswo ist ein Regress gegen die Emanzipationsversprechen der alten Bundesrepublik nach 1968 und gegen die friedliche Revolution von 1989 zu verspüren. Was viele nicht wahrnehmen, es ist auch ein Regress gegen eine liberale Gesellschaft, gegen eine Bürgergesellschaft, die den Untertan in einen Citoyen verwandeln half, die den öffentlichen Meinungsstreit, die Interessensauseinandersetzung pflegt und für eine positive Triebkraft gesellschaftlicher Veränderung hält, die Konflikte nicht autoritär sondern im Diskurs und Kampf um Mehrheiten löst.

Die Aversion gegen die Demokratie ist so alt wie diese selbst. Neu an der Diskussion ist vielleicht, dass sie heutzutage viel stärker als noch vor Jahrzehnten mit dem Marktdiskurs verknüpft ist. Davon kündet ja das Bonmot der Kanzlerin von der „marktgerechten Demokratie“. Und davon künden auch Invektiven gegen allzu viel Mitsprache der Habenichtse. Dazu ein aktuelles Beispiel: Die EZB ist in ihren Entscheidungen autonom und keiner gewählten Regierung verpflichtet. Gleichwohl gibt es ein demokratisches Abstimmungsprozedere, bei dem nun seit geraumer Zeit der deutsche Vertreter häufig auf der unterlegenen Seite sich wiederfindet. Just zu diesem Zeitpunkt werden Invektive - ausgerechnet von konservativer Seite – gegen diese Nichtverantwortlichkeit jener Experten ins Treffen geführt, oder ein Abstimmungsverhalten nach dem „Anteilscheinrecht“ gefordert, also wie bei einer Aktiengesellschaft oder nach nationaler Couleur. Das muss beunruhigen.

Das Beispiel mag genügen, um zu verdeutlichen, welch fruchtbare Diskussionen um Demokratie gerade in der Gegenwart zu führen sind. Das heißt aber, gegen eine postdemokratische Tendenzwende: Mehr Demokratiebildung und Verbindung der Demokratiebildung mit einer Demokratisierungsstrategie. Von konservativer Seite wird hier notorisch eingewandt, dies setze einen entgrenzten bzw. erweiterten Demokratiebegriff voraus, und das sei von daher schon impraktikabel. Ein Gegenargument: ein so rein auf das Bestehende bezogener Demokratiebegriff – etwa das Prinzip der Mehrheitswahl in der repräsentativen Demokratie – verhindert das Lernen von demokratischen Verhaltensweisen gerade auch der Menschen, die von der Partizipation an Wahlen und in der Ver-

tretung ihrer Interessen aus vielerlei Gründen bislang ausgeschlossen sind.
Und das Gegenmodell, der Markt, die wirtschaftliche Freiheit und die Konsumentensouveränität, ist beileibe nicht das Idyll, das nicht nur seine ApologetInnen gerne ins Feld führen. Es mag sein, dass er theoretisch ein effizientes Modell der Allokation von Ressourcen ist. Selbst darüber mehren sich seit geraumer Zeit glücklicherweise wieder die immer schon fundierten Einwände. Ganz abgesehen davon aber ist weitgehend unumstritten, dass ohne eine politische Korrektur, etwa der marktbestimmten Verteilungsverhältnisse, bestehende, tradierte und vererbte Ungleichheiten perpetuiert und nicht gemildert würden.

Dass die Prinzipien sachorientierter bürokratischer Herrschaft immer schon mindestens den Beigeschmack des Autoritären in sich trugen, davon zu künden, ist in Deutschland mit seiner Tradition des vom Wilhelminismus bis zum Ende der DDR reichenden Erfahrungsschatzes gerade zu banal.

Also spricht viel für eine Demokratiebildung, die nicht nur das vielfach praxisferne Einüben verfassungsrechtlicher Grundprinzipien - der klassische Sozialkundeunterricht – zum Gegenstand hat, sondern gerade dort auch die demokratische Frage nach den Bedingungen von Mehrheitsentscheidungen –vor dem Hintergrund gleicher Bürgerrechte aller Menschen – ins Zentrum rückt. Das verstehen wir auch unter Demokratiebildung.

Im Projekt hat sich Arbeit und Leben drei wichtigen Themenfeldern der Demokratiebildung gewidmet und Weiterbildungsmodule für die Zielgruppe MultiplikatorInnen entwickelt. Unter MultiplikatorInnen werden hier vor allem PädagogInnen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Jugend- und Sozialarbeit, der Jugendbildung, der Schule und in der Erwachsenenbildung verstanden.

Demokratie und Natur

Alle „Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als gute Familienväter den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen". So eine normative Proklamation, die heutzutage in vielen öffentlichen Verlautbarungen zur Nachhaltigkeit und Umweltpolitik aufscheint. Wäre mittlerweile nicht deutlich, dass von einer Verbesserung eher nicht auszugehen sein wird. Und das mittelfristige Ziel selbst engagiertester UmweltschützerInnen, oder wie wir lieber sagen würden: politischer ÖkologInnen, darin besteht, der sich vor unseren Augen sich hemmungslos vollziehenden Verschlechterung der Erde Einhalt zu gebieten.

Im dritten Band des Kapitals von Karl Marx, das wird viele überraschen, findet sich auf Seite 784 das oben genannte Zitat. Als Kritiker der Folgen der Industrialisierung für das Proletariat hat Marx schon früh gesehen, dass der Kapitalismus die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums, die Arbeitenden und zugleich die Natur, die Quelle des gegenständlichen Reichtums, untergräbt. Marx ist derzeit wieder hoch im Kurs. Allerdings v.a. bei denjenigen, die seine prophetische Diagnose der „Entfaltung der Produktivkräfte" im dynamischen Kapitalismus sehr schätzen. ApologetInnen dieser Produktionsweise zumal. Eine überbordende Konsumgesellschaft wie heutzutage hat sich Marx aber wohl eher nicht träumen lassen. Das normative, d.h. politische Element, das bei ihm in die Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft einging, wie diagnostiziert gestützt durch Lohnkampf und Kampf um Sozialgesetzgebung, hat zwar nicht das Primat der Kapitals über die Verwendung des Mehrprodukts zu entscheiden – erwartungsgemäß grundlegend in Frage gestellt.

Trotzdem oder auch gerade deshalb ergeben sich gesellschaftliche Probleme einer entfalteten Konsumgesellschaft auf kapitalistischer Grundlage. Diese werden in den entwickelten Modulen erörtert. Dies ausgehend von der Tatsache, dass Konsumnormen und Lebensstile, sollen sie sich am normativen Postulat der Demokratie als tragfähig erweisen – Gleichheit der Rechte und Verallgemeinerbarkeit – grundlegend kritisch diskutiert werden müssen. Denn die Mehrzahl der BewohnerInnen des Planeten ist von ihnen ausgeschlossen – oft haben sie ja nicht einmal einen Zugang zu Trinkwasser.

Ein solcher Sachverhalt kann als brüchige soziale Basis eines (globalen) Demokratieprinzips bezeichnet werden. Nochmals zugespitzt: weil es eben offenkundig ist, dass etwa die weltweite Verallgemeinerung der Konsumweise von Hartz-IV-BezieherInnen, den ökologischen GAU bedeuten würde, muss dies thematisiert werden. Es geht aber gerade nicht um die ökologischen Grenzen der Demokratie, sondern die Frage, wie sich angesichts solcher Sachverhalte die Produktions- und Konsumweise verändern muss, damit den Normen einer demokratischen (Welt)Ge-

sellschaft Genüge getan werden kann. Und wie dies im Rahmen von Demokratiebildung zu thematisieren ist und welchen Stellenwert dieser Fragestellung zukommt.

Antiklassismus und soziale Ungleichheit

Eng verknüpft damit – das wundert niemand bei einem Träger, der sich der langen Tradition der sogenannten Arbeiterbildung verpflichtet fühlt – stand das Thema soziale Ungleichheit im Fokus neuer Weiterbildungskonzepte. Allerdings auf eine andere als zu erwartende Weise. Nicht die grundlegenden objektiven Dimensionen sozialer Ungleichheit und ihre Konsequenzen für die Gesellschaft und die Demokratie interessierten, sondern die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und ihre gesellschaftliche und subjektive Deutung.

Denn, über die real wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland in den Dimensionen Einkommen, Vermögen, Bildung und Interessensdurchsetzungschancen bestehen kaum Zweifel, wie selbst regierungsoffizielle Berichte, etwa der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, verlautbaren - auch nach der interpretativen Korrektur durch den Wirtschaftsminister. Eine wachsende soziale Ungleichheit gefährdet die demokratische Gesellschaft. Demokratiebildung hat sich dem zu stellen, in dem sie das Gefährdungspotential offenlegt, die objektiven Tatsachen nicht als naturgegeben und unveränderlich sondern als verursachte und veränderbare zum Gegenstand von Bildung macht. Wenn auch Commonsense ist, dass die Verteilungsrelationen sich systemimmanent nicht grundlegend ändern lassen, was man empirisch spätestens seit den fünfziger Jahren weiß (Rothschild), sie lassen sich jedoch ausgestalten, verändern, korrigieren, ohne dass damit die vermeintliche Triebfeder für wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt erlahmt. Im Gegenteil: Weniger ungleiche Gesellschaften sind wirtschaftlich bisweilen erfolgreicher. Darauf hat jüngst wieder einmal Joseph Stiglitz hingewiesen.

Kontroversen über die sozialen Tatsachen sind das Eine. Für politische Bildung existiert aber auch noch eine andere – demokratiepraktisch vielleicht sogar noch wichtigere Seite. Die subjektive Verarbeitung, Artikulation und Reproduktion der sozialen Ungleichheit.

Gerade deshalb sind im Rahmen der politischen Bildung die subjektiven Wahrnehmungsformen von sozialer Ungleichheit selbst stärker in den Fokus zu rücken. Aus der pädagogischen Alltagspraxis, wie aus der soziologischen Forschung kann man entnehmen, dass eine Zunahme solcher Wahrnehmungsformen sozialer Ungleichheit sich seit geraumer Zeit ausbreitet, die mit Exklusion und Diskriminierung verbunden sind. Erschreckenderweise richten sich diese nicht etwa - wie häufig behauptet wird - vornehmlich gegen „die Reichen“, sondern v.a. gegen die Armen, die Unterschichten, zu denen niemand gehören möchte, zu denen verzweifelt Distanz aufzubauen versucht wird. Und dies bereits in frühen Lebensjahren. Dies ist selbst ein Phänomen der Zunahme krasser sozialer Ungleichheit, weil dadurch selbst wieder der Vorstellung Vorschub geleistet wird, das sei ganz natürlich oder individuell verursacht. Oder sogar gesellschaftlich nützlich ist wie die konservative Rechte immer schon, nicht erst seit Thatcher und Reagan und nicht nur im angloamerikanischen Raum behauptet hat.

Politische Bildung – etwa mit ErziehrInnen in Kitas - hat hier die Aufgabe, diese demokratiegefährdenden Einstellungen – die man in Anknüpfung an Anja Meulenbelt als Klassismus bezeichnet – mittels geeigneter Konzepte zu bekämpfen. Offenkundig wird der Klassismus seit Jahren gerade auch im Bildungssystem, etwa dort wo Kinder bei gleichen Leistungen krass unterschiedliche Empfehlungen zum Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen erhalten, je nach dem aus welcher sozialen Schicht sie kommen. Interessanterweise fehlen darüber hinaus bislang in Untersuchungen etwa zum rechtsextremistischen Einstellungspotenzial hier in Thüringen (Monitor) genau jene Dimensionen – die nicht in dem gängigen Item, mit dem sozialdarwinistische Einstellungen erhoben werden - aufgehen. Das kommt vielleicht auch nicht von ungefähr, sehen doch einige der politikwissenschaftlichen Protagonisten dieser Studien in einem übertriebenen sozialen Egalitarismus ein Demokratiegefährdungspotenzial – allerdings von links. „Klassismus“ ist aber ein Phänomen, so scheint

es, das offensichtlich essentiell aus der sozialen und politischen Mitte der Gesellschaft vorgebracht wird, also in jenen Sozialschichten verankert ist, bei denen die Angst vor dem sozialen Abstieg und der Distinktionsbedarf nach unten groß ist. Und wo auch Thesen des Rechtspopulismus à la Sarrazin rezipiert werden

und Anklang finden. Antiklassistische Bildungsarbeit ist ein Handlungsfeld politischer Bildungsarbeit, dem zunehmend größere Bedeutung, angesichts rechtspopulistischer Anrufungen aus der etablierten Mitte der Gesellschaft, zukommt.

Die im Projekt entwickelten Bildungsbausteine gründen auf den in der Anti-Bias Arbeit entwickelten Methoden – sind allerdings noch nicht wirklich „rund". Sie sensibilisieren für's Thema, bedürfen aber noch der pädagogischen Ergänzung im Hinblick auf Interventions- und Thematisierungsstrategien. Prinzipiell gilt aber, das „Diskriminierungsmodell", welches aus der Anti-Bias-Arbeit kommt, macht die dahinterliegenden Mechanismen deutlich. Alle Diskriminierungsformen und menschenverachtenden Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit folgen einem ähnlichen Schema, lediglich die Kategorie, an Hand derer Ungleichheit konstruiert wird, unterscheiden sich.

Demokratisierung von Institutionen

Zu guter Letzt ist auf die von Trankovits formulierte These vom Zuviel an Demokratie zurückzukommen. Jürgen Habermas hat 1958 im Vorwort zu der später berühmt gewordenen Studie „Student und Politik" formuliert: „Demokratie verwirklichte sich erst in einer Gesellschaft mündiger Menschen; darum ist sie nicht unter beliebigen gesellschaftlichen Vorraussetzungen möglich, nicht einmal an bestimmte bloß gebunden – sie ist vielmehr diese freie Gesellschaft selber. Noch die autoritär verformten Einrichtungen, die bis heute relative Freiheiten politisch sichern helfen, haben diese Idee, nämlich die Tendenz zur Realisierung der Demokratie, gleichsam mit ins institutionelle Gehäuse hineingenommen." Er befand und befindet sich – dazu seine jüngst vorgetragenen Positionen zum europäischen Krisenprozess in diametralem Gegensatz zum zu Beginn zitierten Autor, der gewissermaßen das ausbuchstabiert, was Frau Merkel gewohnt nebulös als „marktfähiger Demokratie" offeriert hat. Es besteht kein Zweifel, dass Demokratiebildung ohne Demokratisierung eher ein Ablenkungsmanöver darstellt. En passant: es ist bekannt, dass dazumal, in den düsteren Fünfzigern, Max Horkheimer Habermas' allzu forschen Ideen sehr kritisch gegenüberstand; Horkheimer hielt die politische Kultur Westdeutschlands für noch nicht liberal und demokratisch genug und Habermas für zu radikal. Und heute?

Wir haben das und Habermas ernst genommen und Module zur Fortbildung von LehrerInnen und SchülerInnen zur neuen Thüringer Schulordnung entwickelt. Eine Demokratisierung des Systems Schule vornehmlich aus SchülerInnenperspektive soll damit vorangebracht werden und die Reform vorantreiben.
Im Prinzip kann davon ausgegangen werden, dass in pädagogischer Perspektive im Rahmen dieses Konzepts wahrscheinlich mehr Demokratiebildung stattfindet als im üblichen Sozialkundeunterricht, unabhängig von der je spezifischen Umsetzung der herkömmlichen Schulpraxis. Alleine schon deshalb, weil hier nicht Trockenübungen in Sachen Demokratie geboten werden. Und das nicht etwa, weil die LehrerInnen nichts von ihrem Job verstünden. Eher schon, weil Bildungsarrangement und Bildungsinhalt den Erfahrungs-und Gestaltungsraum der Demokratie Lernenden zum Gegenstand haben.

Wie so häufig scheitert dieses Projekt derzeit daran, dass v.a. die Bürokratie nicht der Einsicht sich hingibt, dass diese Prozesse Zeit, Bildung und Geld erfordern, sollen sie nachhaltig und sachgerecht sein. Zugespitzt artikuliert sich darin wohl auch so etwas wie ein Misstrauen in den grundsätzlichen Sinn organisierter Bildungsprozesse bezogen auf mehr Partizipation. Verblüffend, da gerade aus der Verwaltung ein Anstoß zu dieser Konzeptentwicklung kam. Abgespeckt wird denn auch – so der derzeitige Stand - eher auf Werbung und Information gesetzt. Und dass die spärlich in Thüringer Schulen tätigen DemokratiepädagogInnen – etwa zwölf (!) an der Zahl bei mehr als 400 Schulen – mit Hilfe von Infobroschüre und „Best-Practice-Examples" es schon richten werden …

Man könnte meinen: So ist das halt in der „marktgerechten Demokratie". Demokratie darf nichts kosten, nichts stören und v.a. nur „konstruktive Kritik" beinhalten. An solch halbierter Demokratie darf sich Demokratiebildung nicht messen lassen, will sie ihren Gegenstand nicht verfehlen.

Es besteht aber kein Grund zur Resignation: Immerhin behielt Jürgen Habermas mit seiner optimistischen Diagnose in den finsteren fünfziger Jahren späterhin Recht. Auch gegen Max Horkheimer.

Literatur:
Habermas, Jürgen, Zum Begriff der politischen Beteiligung, in: Kultur und Kritik, Frankfurt 1977², 9-61; zuerst in: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten (zus. mit L. v. Friedeburg, C. Oehler und F. Weltz), Neuwied 1961
Marx, Karl, Das Kapital, 3. Band, MEW 25, Berlin 1978 Meulenbelt, Anja, Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Reinbek 1988/ Rothschild, Kurt W., Der Lohnanteil am Gesamteinkommen. Einige Bemerkungen zu einem umstrittenen Problem, in: Marktform, Löhne, Außenhandel: Beiträge zur Wirtschaftstheorie und zur Wirtschaftspolitik. Wien 1966; zuerst in: Weltwirtschaftliches Archiv, 78(2) 1957, 157-202./ Stiglitz, Joseph E., The Price of Inequality, New York 2012/ Trankovits, Laszlo, Verteidigung der Demokratie, in APuZ 38/39, 2012, 3-10

4.4 Sarrazin & Co: Wie umgehen mit selbsternannten Tabubrechern?

Frank Lipschik, Bildungsreferent, DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

Veranstaltung am 3. November 2012 in Gotha

Ausgangssituation

Am Mittwoch, den 9. Mai 2012, fand im Erfurter Hauptbahnhof eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die 101 Erfurterinnen und Erfurter statt, die an diesem Tag vor 70 Jahren mit den Deportationszügen ihren letzten Weg in die Vernichtung antreten mussten. Am Abend des gleichen Tages versammelten sich rund 250 Personen vor der Alten Oper, um gegen eine Lesung von Thilo Sarrazin zu protestieren. Dem Protest vorausgegangen war eine breite Diskussion darum, wie man angemessen auf die sozialchauvinistischen und biologistisch-rassistischen Behauptungen umgeht, die Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ und den Lesungen daraus verbreitet und die augenscheinlich auf einen großen Resonanzboden in der Mitte der Gesellschaft fallen. Für die übergroße Mehrheit der an den Protesten beteiligten Personen schien es unumgänglich, Sarrazin und den ihm Zustimmenden laut und hörbar zu widersprechen, zugleich machte sich eine gewisse Ratlosigkeit breit, wie man mit der Tatsache umgehen soll, Sarrazin durch die Proteste ungewollt zu kostenloser Aufmerksamkeit zu verhelfen.[1] Deutlich wurde in der systematischen Vorbereitung der Proteste, dass die kritischen Reaktionen auf seine Behauptungen durch Thilo Sarrazin bewusst einkalkuliert worden waren: Sie sind Teil einer Strategie des „selbsternannten Tabubrechers“.

Ziel

Ausgehend von der Beobachtung, dass Sarrazin zwar einer der erfolgreichsten, aber weder der erste noch der einzige selbsternannte Tabubrecher ist, verfolgte der Workshop zwei zentrale Ziele: Erstens wollte er für ein besseres Verständnis für die Funktionsmechanismen „selbsternannter Tabubrecher“ in der Mediengesellschaft sorgen. Zweitens sollten die Teilnehmenden gemeinsame Antworten auf die Frage finden, wie man politisch angemessen darauf reagiert. Ziel war also keine inhaltliche Auseinandersetzung mit Sarrazins Behauptungen, sondern eine Einbettung der Debatte darum im politischen Feld.

Aufbau

„Wie funktioniert das?“ und „Was tun?“ waren also die zwei Fragen, auf die der Workshop Antworten bieten sollte. Vor diesem Hintergrund wurde ein entsprechendes Workshopkonzept entwickelt. Da es bisher weder in der Literatur noch in der Politik eine feste Antwort auf diese Fragen gibt, stand die gemeinsame Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten im Vordergrund. Um für alle eine bessere Grundlage für diese Erarbeitung zu schaffen, stand am Anfang

1 Dass die Proteste den Kartenverkauf angekurbelt hätten, legte der Veranstalter Wolfgang Staub in einem Streitgespräch mit dem Bündnis „Sarrazin absagen“ nahe: „Mit den Protesten stieg das Interesse: Danach habe er nun 700 Karten für die Alte Oper verkauft, es gebe nur noch Restplätze.“, vgl. TLZ vom 31.03.2012

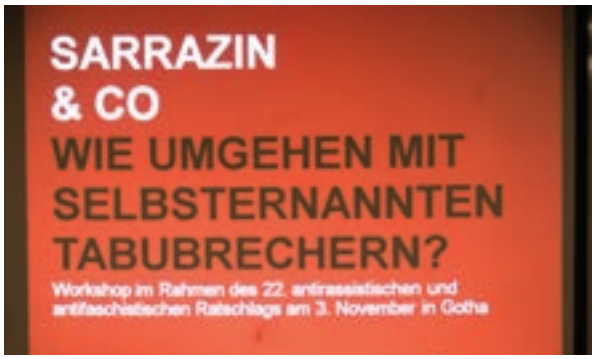
eine inhaltliche Einführung durch die Referenten zur Kommunikationsfigur des „selbsternannten Tabubrechers“. Dies erfolgte zum einen anhand der Debatte um Martin Walsers Paulskirchenrede im Jahr 1998 und zum anderen anhand der Auseinandersetzung um die Behauptungen von Thilo Sarrazin. Albrecht von Lucke hat diese kommunikative Figur treffend skizziert:

> *Erstens: Der moderne Populismus bedient sich immer der Strategie der gezielten Regelverletzung. Dabei hüllt er sich in das Mäntelchen des Aufklärers, indem er seine Provokationen als Kampf gegen irrationale Tabus inszeniert.*
>
> *Zweitens: Die Provokation, das gezielte Spiel mit der Regelverletzung, gelingt nur dann, wenn sie tatsächlich verfängt. Dafür muss der Provozierte “mitspielen”, also als Provozierter reagieren und mit seinem Protest die Antithese zur Provokation selbst beisteuern. Stets kalkuliert der Tabubrecher diese Reaktionen bereits bei seinen Vorüberlegungen ein. Dieser gedankliche Vorsprung macht seine strategische Überlegenheit aus.*
>
> *Drittens: Erst dadurch, nämlich dank der provozierten Reaktion, ist der Tabubrecher endgültig in der Lage, sich als im Namen des Volkes auftretender Robin Hood gegen die Klasse der Etablierten zu inszenieren. Indem er seine These und die Antithese seiner Gegner aufnimmt, kann er diese coram publico synthetisieren und seine Conclusio daraus ableiten: Seht her, nur ich allein setze mich stellvertretend für die unterdrückte Bevölkerung gegen die Meinungsdiktatur der herrschenden Klasse zur Wehr.*[2]

Auf Grundlage des besseren Verständnisses der kommunikativen Mechanismen war im Workshop eine Kleingruppenarbeit geplant, die sich der Frage widmen sollte, wie man eingedenk der Funktionsweise der „selbsternannten Tabubrecher“ angemessen politisch auf ihr Auftreten reagieren kann. Die Ergebnisse sollten präsentiert und gemeinsam diskutiert werden. Zum Abschluss sollte es ein paar weiterführende Hinweise geben und eine Seminarauswertung erfolgen.

Durchführung

Am Workshop, der am 3. November 2012 im Rahmen des antirassistischen und antifaschistischen Ratschlags in Gotha angeboten wurde, beteiligten sich insgesamt 22 Personen aus unterschiedlichen Zusammenhängen und vor unterschiedlichen Hintergründen. Nachdem die Referenten kurz ihre Motivation bei der Konzeption des Workshops erläutert hatten, gab es eine Kurzrunde zum Erkenntnisinteresse der Teilnehmenden. Dabei artikulierten mehrere Teilnehmende neben den beiden Zielen des Workshops explizit den Wunsch, sich auch mit der Frage zu beschäftigen, wie man konkret argumentiert, wenn im betrieblichen oder familiären Kontext Sarrazins Behauptungen zugestimmt wird.



Im Anschluss erfolgte das Impulsreferat durch die Referenten, mit dem die kommunikative Figur des „selbsternannten Tabubrechers“ näher beleuchtet wurde. Wesentliche Merkmale der Debatte wurden herausgearbeitet und zur Diskussion gestellt. Die sich anschließende Kleingruppenphase wurde modifiziert, indem sich zwei von drei Kleingruppen mit Argumentationshilfen für konkrete Gesprächssituationen im Betrieb oder der Familie auseinandersetzten, und nur eine Kleingruppe sich der Frage nach der angemessenen politischen Reaktion widmete.

Gruppe 1 beschäftigte sich mit der Frage, wie man politisch reagieren sollte: Die Teilnehmenden waren sich nach einer längeren Diskussion darin einig, dass eine Reaktion des Widerspruchs richtig und wichtig ist, auch wenn man den ausgelegten Fallstricken der „Tabubrecher“ nicht entkommen kann. Als Methode wurde die ironische Zuspitzung der Aussagen Thilo Sarrazins vorgeschlagen, um den Leuten einen Spiegel vorzuhalten und um ihre Konsequenzen des Behaupteten sichtbar zu machen. Als wichtig wurde zudem angesehen, Prominente und MultiplikatorInnen dazu zu gewinnen, sich gegen Sarrazins Behauptungen öffentlich zu positionieren. Breite Bündnisse und eine gute Öffentlichkeitsarbeit wurden für eine erfolgreiche Durchführung als nötig erachtet.

Gruppe 2 beschäftigte sich mit der Frage, wie man bei zustimmenden Äußerungen im eigenen Nahbereich (Familie, Schule, Uni, Arbeitsplatz) reagieren kann. Dafür wurde zunächst noch einmal zusammengetragen, an welche vorhergehenden Diskurse die Debatte um die Behauptungen von Thilo Sarra-

2 Albrecht von Lucke; Populismus schwergemacht. Die Dialektik des Tabubruchs und wie ihr zu begegnen wäre, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt a. M. 2012, S. 311

zin anknüpft und welche Klischees bedient werden. Auf die Frage, wie man darauf angemessen reagiert, wurden mehrere Antworten gefunden. Als eine Möglichkeit wurde das sachliche Widerlegen von Thilo Sarrazins Behauptungen angesehen. Über Statistikfehler, Ungenauigkeiten, Widersprüche und schlicht falsche Behauptungen kann ich mein Gegenüber im Gespräch aufklären. Allerdings kam die Gruppe auch zu dem Ergebnis, dass dies allein nicht reicht, da die Zustimmung oft auf anderen Beweggründen beruht. Deshalb erachteten es die Teilnehmenden als sinnvoll, genauer nachzufragen, was die Betroffenen eigentlich daran stört, wenn „Deutschland sich abschafft". Dies ermöglicht es, die Auseinandersetzung um die dahinter liegenden Gründe wie eigene Verlust- und Abstiegsängste zu führen. Statt über ethnisierte Konflikte wie christliches Abendland vs. Islam reden zu müssen, ist es damit möglich, über soziale Ausgrenzung zu sprechen.

Die dritte Gruppe beschäftigte sich ebenfalls mit der Frage, wie man angemessen bei zustimmenden Äußerungen im eigenen Nahbereich reagieren kann. Ein faktenorientierter Widerspruch auf der Sachebene wurde von den Teilnehmenden als wenig erfolgversprechend angesehen, da die Möglichkeiten der „Aufklärung" dort gering seien, wo es um tieferliegende Gründe für eine Zustimmung geht. Bevor man also in eine Diskussion um die Behauptungen von Thilo Sarrazin einsteigt, sollte man die Gesprächssituation und die eigene Sprecherrolle reflektieren. Zentral dafür sind auch die Fragen, aus welchen Motiven jemand Thilo Sarrazin zustimmt und welches Menschenbild mein Gegenüber hat. Aus dieser Beurteilung der kommunikativen Situation können unterschiedliche Reaktionen folgen: Ich kann zunächst zuhören und nachfragen: Warum ist der Zuzug von Menschen nach Deutschland für Dich ein Problem? Wer nimmt wem welche Arbeitsplätze weg? Anschließend kann man Widersprüche in Sarrazins eigener Argumentation benennen, diese ggf. durch Fakten ergänzen und dadurch Zweifel bei meinem Gegenüber säen. Man kann auch die Person Thilo Sarrazin selbst ins Zentrum einer Gegenrede stellen und die von ihm angenommene Rolle als „Robin Hood" entlarven. Eine andere Möglichkeit ist es, konfrontativ auf geäußerte Zustimmung zu reagieren: „Ich finde es gut, wenn Deutschland sich selbst abschafft, denn mir geht es um Menschen und nicht um eine Nation". Im Gegenzug kann man wirkliche gesellschaftliche Tabus ansprechen, etwa die Forderung, alle Grenzen zu öffnen und allen Menschen global ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Im Einzelfall kann es auch eine Möglichkeit sein, sich nicht ausführlich mit dem Gesagten auseinander zu setzen, sondern nur in wenigen Punkten zu widersprechen oder laut „Stopp" zu sagen, um den eigenen Raum zu schützen: „So einen Unsinn will ich im Pausenraum nicht hören!".

Alle Teilnehmenden der Kleingruppe waren sich darin einig, dass es für eine nachhaltige Veränderung der Diskussion auch eine emanzipatorische Bildungsarbeit im Allgemeinen sowie vorgelebte Alternativen zu einer von Sarrazin propagierten Gruppenkonkurrenz braucht.
Nach der Vorstellung und Diskussion der Arbeitsgruppenergebnisse schloss sich eine kurze Vorstellung von weiterführenden Hinweisen an, insbesondere für die faktische Widerlegung der Behauptungen von Thilo Sarrazin.

Seinen Abschluss fand der Workshop mit einer Feedbackrunde. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv. Hervorgehoben wurden vor allem drei Aspekte: Erstens der Input, der eine systematische Betrachtung der Kommunikationsfigur des „selbsternannten Tabubrechers" ermöglichte und Zusammenhänge sichtbar machte. Zweitens die Konzeptveränderung durch die Referenten dahingehend, dass die Ebene der Auseinandersetzung im eigenen Nahbereich gemeinsam bearbeitet wurde. Und drittens die Tatsache, dass der Workshop zu einer argumentativen, aber auch emotionalen Stärkung der Beteiligten durch den Austausch mit anderen Teilnehmenden geführt habe.

Fazit für die Bildungsarbeit

Für eine emanzipatorische Bildungsarbeit, die parteilich für demokratische Werte einsteht, ergeben sich auf der Grundlage des skizzierten Workshops folgende Schlussfolgerungen:

- Bildung kann Menschen, die selbstbewusst und kompetent für demokratische Werte eintreten möchten, unterstützen
- Bildungsangebote müssen in der Form selbst partizipativ sein und Interessen der Teilnehmenden berücksichtigen, wenn sie als glaubhaft wahrgenommen werden sollen
- Bildung als Reflexionsraum ermöglicht Gruppenprozesse, die das vorhandene Wissen von Teilnehmenden bündelt und sie dadurch stärkt
- Bildung kann die politische Auseinandersetzung nicht ersetzen, sollte diese aber in kritischer Absicht begleiten

4.5 Demokratiebildung - Chancen und Grenzen im Sport „Werte- und Demokratieverständnis des Thüringer Sports und der dadurch bedingten Gefahren des Rechtsextremismus“

Torsten Abicht, Koordinator Fußball im Projekt „Sport zeigt Gesicht“, LSB Thüringen Bildungswerk GmbH

Die Veranstaltung fand am 13. November 2012 in der Landessportschule Bad Blankenburg statt. Referent der Veranstaltung war Herr Torsten Abicht, der seit 2011 im Projekt des Landessportbundes Thüringen e.V. „Sport zeigt Gesicht Gemeinsam couragiert handeln!“ arbeitet. Hier ist er für den Thüringer Fußball Verband tätig und hat in den letzten Jahren weitreichende Erfahrungen zum Thema „Sport und Rechtsextremismus“ sammeln können.

Die Veranstaltung wurde über die LSB Thüringen Bildungswerk GmbH und den Kreissportbund „Saale/Schwarze e. V.“ durch einen Flyer und Veranstaltungsankündigungen per Mail beworben. Anwesend waren 15 Personen, die sich aus den Vereinen und dem Vorstand des Kreissportbundes Saale/Schwarza zusammensetzten. Dabei muss man sagen, dass man mit einer größeren Anzahl an Teilnehmern gerechnet hatte, aber aus der Erfahrung heraus es schwierig ist, Ehrenamtliche aus den Vereinen für diese Thematik zu qualifizieren. Positiv zu bewerten ist die geschlossene Teilnahme der Vorstandsmitglieder des Kreissportbundes. Dieser kann auch bei zukünftigen Veranstaltungen als Multiplikator dienen und seine Vereine immer wieder auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Qualifizierung hinweisen.

Thema

Die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen innerhalb des Freistaates Thüringens repräsentiert ein gesellschaftliches Problem, welchem in der Zivilgesellschaft unbedingt entgegengewirkt werden muss. Laut „Thüringen-Monitor“ sahen z.B. in 2011 56 Prozent der Thüringer „die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“. Dies zeigt, dass entgegen möglicher Vermutungen rechtsextreme Einstellungen in Thüringen in allen Teilen der Gesellschaft zu finden sind. Da sich gesellschaftliche Tendenzen im Sport widerspiegeln, ist davon auszugehen, dass auch der Sport in Thüringen von rechtsextremen Tendenzen und Einflüssen betroffen ist. Doch gerade im Sport werden Werte wie Respekt, Demokratiebewusstsein, Menschenachtung und Fairplay sehr groß geschrieben. Trotz alledem gab und gibt es immer wieder

Versuche aus der rechten Szene in den organisierten Sport einzudringen und diesen als Plattform zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden, fremdenfeindlichen und völkischen Ideologien zu benutzen. Vereine sehen sich mit den Problemen konfrontiert, dass Mitglieder in der rechten Szene aktiv sind, Vereinsgaststätten von der rechten Szene angemietet werden oder bei Freizeitturnieren, Mannschaften mit eindeutigen Zeichen und Symbolen der rechten Szene auflaufen. Um hier Vereine zu stärken und ihnen Handlungsmöglichkeiten für eine wirksame Prävention im Verein zu ermöglichen, ist es wichtig, Qualifizierungsangebote für die im Verein Tätigen anzubieten.

Zielstellung

Als Zielstellung der Veranstaltung wurden folgende Punkte im Vorhinein vereinbart. Zum ersten wollten wir eine Sensibilisierung der Anwesenden zum Thema „Rechtsextremismus und Sport!“ erzielen. Nur wenn man sich über eine Problemstellung bewusst wird und sie auch als Problem für seinen Verband bzw. Verein wahrnimmt, kann man Hinweise für die notwendigen Veränderungen im Verein anbringen. Weiterhin hat der Referent über die Bereiche gesprochen, wo man als ehrenamtlich Tätiger in einem Sportverein mit dem Rechtsextremismus in Kontakt kommen kann. Dabei stellten sich folgende Bereiche heraus, wo Rechtsextremisten versuchen den Sport zu Missbrauchen und ihn für Ihre Zwecke zu benutzen. Die Rechtsextremisten nutzen die schwierige Situation der Vereine aus, die dringend Trainer und Übungsleiter für den Nachwuchs suchen. Hier bieten sie ihre Hilfe an, um Kinder und Jugendliche für die rechte Szene zu gewinnen und sie in ihre Strukturen zu verankern. Gerade der Punkt „Ausschluss oder Akzeptanz!?“ führte bei den Teilnehmern zu einer regen Diskussion und man merkte schnell, dass ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter oder Funktionäre oftmals mit der Entscheidungsfindung überfordert sind. Ein weiterer Bereich in den Rechtsextremisten vorstoßen sind Freizeitturniere, die durch Vereine organisiert werden und diese dann als Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologien nutzen. Auch hier merkte man den Vereinsvertretern noch viel Unwissenheit beim Schaffen rechtlicher Grundlagen im Verein an, um Personen die Aufnahme in einen Verein zu verweigern bzw. sie bei Turnieren auszuschließen.
Der Kreissportbund „Saale/Schwarze e. V.“ möchte im Nachgang an die Veranstaltung Empfehlungen für die Vereine aussprechen, dass sie eine Satzungsänderung durchführen sollten und die sogenannte „Extremismus Klausel“ mit in ihrer Satzung aufnehmen. Weiterhin möchte der KSB eine Empfehlung an die Vereine geben, ihre Hausordnungen bzw. Stadionordnungen hinsichtlich – „Ausschluss von Personen“ zu überarbeiten. Als dritter Bereich wurde noch die Sponsorentätigkeit von Firmen besprochen dessen Geschäftsführer in der rechten Szene verankert sind. Dabei wird oftmals die angespannte Situation der Vereine ausgenutzt. Die Gefahr, die hier für Vereine entstehen kann, ist ein negatives Bild in der Öffentlichkeit. Es ist entscheidend, wie man sich als Verein nach Außen positioniert und was man für eine Haltung einnimmt. Für uns war noch ein wichtiger Punkt, den Vereinen zu verdeutlichen, dass sie mit dem Problemfeld nicht alleine da stehen, sondern dass es beim Landessportbund Thüringen e. V. Hilfe gibt und diese auch genutzt werden sollte.
In den 2,5 Stunden konnten wir das Themenfeld nur anreisen, was sich aber gezeigt hat, ist, dass es einen Bedarf an Weiterbildungen für Vereinsfunktionäre zu diesem Thema gibt.

Rechtsextremismus – Ein Thema für den organisierten Sport?!

- **Freizeitturnier als Anlaufpunkt rechter Gruppierungen**
  - Rechtsextremisten schaffen außerhalb des organisierten Sports sportliche Freizeitangebote und nehmen an Freizeitturnieren teil bzw. organisieren eigene Turniere („Rudolf Heß Gedenkturnier“)
  - Auftreten in Szenekundiger Kleidung mit den üblichen Zahlencodes (18, 28, 14,…)
  - oftmals Provokation

Greiz/Thüringen – Am vergangenen Wochenende fand erneut das so genannte „Rudolf Heß Gedenkturnier“ im Vogtland statt. Rund 100 Neonazis aus Bayern, Thüringen und Sachsen traten bereits zum zehnten Mal zu Ehren des Hitler-Stellvertreters gegeneinander an.

Grenzen und Risiken des organisierten Sports

- Sportvereine sind Spiegelbild der Gesellschaft
- Gefahr der Überforderung von Ehrenamt
- Vereine / Verbände folgen oft dem Neutralitätsgebot
- Rollen-Trennung zwischen „Privatperson“ und „Amt/Funktion“
- Sportvereine agieren wie Dörfer
- Befürchtungen das Thema offensiv aufzugreifen

Chancen und Stärken des organisierten Sports

- in jedem Dorf gibt es mindestens einen Sportverein
- Sportvereine sind wichtiger Ort des Zusammentreffens, der Vergesellschaftung
- der organisierte Sport nimmt wichtige gesellschaftliche Aufgaben wahr: Erziehung, Integration, Gesundheit etc.
- (Primär-)Prävention
  - Wertevermittlung: Fair-Play, Respekt, Umgang mit Heterogenität
  - Vermittlung von sozialer Kompetenz, sozialer Anerkennung, Teamverständnis etc.
  - Trainer/in als Bezugsperson

Kooperationspartner

Bildungswerk ver.di Thüringen e.V.
Schillerstraße 44
99096 Erfurt
Telefon: 0361/64420-04
Fax: 0361/64420-03
E-Mail: info@verdi-bw-thueringen.de
www.verdi-bw-thueringen.de

Bildungswerk im Bistum Erfurt
Stiftsgasse 4a
99084 Erfurt
Telefon: 0361/6572-221
Fax: 0361/6572-319
E-Mail: bildungswerk@bistum-erfurt.de
www.bistum-erfurt.de

Arbeit und Leben Thüringen
Auenstraße 54
99089 Erfurt
Telefon: 0361/56573-0
Fax: 0361/56573-50
E-Mail: info@arbeitundleben-thueringen.de
www.arbeitundleben-thueringen.de

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Telefon: 0361/21727-0
Fax: 0361/21727-27
E-Mail: info@dgb-bwt.de
www.dgb-bwt.de

LSB Thüringen Bildungswerk GmbH
Werner-Seelenbinder-Straße 1
99096 Erfurt
Telefon: 0361/34054-60
Fax: 0361/34054-66
E-Mail: info@lsb-bildungswerk.de
www.lsb-bildungswerk.de

Impressum

Herausgeber:
Landesorganisation der Freien Träger
in der Erwachsenenbildung e. V.
Geschäftsstelle LOFT
Semmelweisstr. 2
99096 Erfurt
Telefon: 0361/2625280
Fax: 0361/2625281
E-Mail: info@loft-thueringen.de
www.loft-thueringen.de

Redaktionsteam:
Karin Allendorf, Dr. Jürgen Neubert,
Hubertus Staudacher, Uwe Roßbach,
Annette Knauerhase

Gestaltung Deckblatt:
Diemar, Jung & Zapfe

Druck:
Schneider Media GmbH

Umweltfreundlich und klimaneutral hergestellt.

Landesorganisation der freien Träger
in der Erwachsenenbildung Thüringen e.V.
Geschäftsstelle LOFT
Semmelweisstr. 2
99096 Erfurt
Telefon: 0361-2625280
Telefax: 0361-2625281
E-Mail: info@loft-thueringen.de
www.loft-thueringen.de

Eine Publikation der Landesorganisation der Freien Träger in der Erwachsenenbildung Thüringen e.V.